

29. 10. 85

SPD fordert von Albrecht die Entlassung von Minister Glup

„Umweltskandal in Münchehagen“ / Vorwürfe zurückgewiesen

Eigener Bericht

ut. Hannover

Der SPD-Landesvorsitzende Johann Bruns hat Ministerpräsident Ernst Albrecht am Montag aufgefordert, Landwirtschaftsminister Gerhard Glup zu entlassen. Bruns warf Glup vor, das von ihm geführte Ministerium und die nachgeordneten Behörden seien nicht in der Lage, die Sondermüllbeseitigung in Niedersachsen zu überwachen und zu kontrollieren. Der SPD-Landesvorsitzende beschuldigte Glup, sein Name stehe für eine Kette von Umweltskandalen, die mit den Vorfällen um die Dioxinfunde in Münchehagen eine solche Größenordnung erreicht hätten, daß für Glup ein Verbleiben im Amt unmöglich sei.

Der SPD-Politiker forderte Albrecht auf, die Vorwürfe gegen seinen Landwirtschaftsminister entweder zu widerlegen, oder ihn zu entlassen. Gerhard Glup wies am Montag die Vorhalte der SPD-Opposition zurück und erklärte, er denke nicht an einen Rücktritt.

Bruns machte dem Minister auf einer Pressekonferenz in Hannover, an der auch der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Uwe Bartels, teilnahm, fünf Vorwürfe, die er als „unstrittig“ bezeichnete:

- Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß habe „gravierende Mängel“ bei der Überwachung von Sondermülldeponien festgestellt.

- Völlig überraschend und entgegen aller bisherigen Aussagen von Glup habe es einen Ölaustritt aus der Deponie Münchehagen gegeben, bei dem „unwahrscheinlich hohe Dioxinwerte“ gefunden worden seien.

- Das Landesamt für Wasserwirtschaft habe von den Dioxinkonzentrationen schon am 2. Oktober gewußt, seine Erkenntnisse dem Minister jedoch eine Woche lang vorenthalten.

- Die Bezirksregierung Hannover habe den Minister nicht über die Vorwürfe eines Zeugen informiert, der die Gesellschaft für Sondermüllbeseitigung Münchehagen (GSM) beschuldigt hat, dioxinhaltiges Wasser über ihr Gelände hinaus versprüht zu haben. Bruns erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß vor Jahren auf einer der Deponie benachbarten Weide mehrere Kühe verendet und die Bäume in einem Waldstück plötzlich abgestorben seien.

Bruns zog aus diesen Fällen den Schluß, der Landwirtschaftsminister sei nicht in der Lage, auf der Verwaltungsebene ein so schwieriges Problem wie die Sondermüllagerung zu organisieren. Glup werde „blind gehalten“ und nicht informiert. Die ihm unterstellten Behörden hätten „unverantwortlich und schlampig“ gearbeitet.

Bruns forderte die Landesregierung auf, zu weiteren Vorwürfen Stellung zu nehmen, die bisher nicht widerlegt seien. So hatten

Arbeiter auf der Deponie in Münchehagen ohne Schutzkleidung gearbeitet, obwohl die Behörden vom Dioxin wußten. Trotz des Dioxinfundes in einer Ölprobe sei Wasser aus Münchehagen weiter zur Klaranlage Lemke (Kreis Nienburg) abgefahren worden. Die Trennwand zwischen den Poldern II und IV drohe einzustürzen, damit stehe eine bedrohliche Vermischung von Giften bevor. Bruns schloß nicht aus, daß in Münchenhagen hochkonzentriertes Seveso-Gift liege, daß bei der Produktion von Entlaubungsmitteln angefallen sein könnte, wie sie im Vietnamkrieg benutzt worden seien. Diese Vermutung begründete der Politiker mit ungewöhnlich hohen Dioxinkonzentrationen, die in der Probe aus Münchehagen gefunden worden waren.

Der SPD-Landesvorsitzende sagte, seine Rücktrittsforderung an die Adresse Glups gelte auch dann, wenn die Münchehagener Dioxinfunde bei einer Gegenanalyse die von der Deponie für die Menschen ausgehen könne, hätte schneller und entschiedener reagiert werden müssen.

Landwirtschaftsminister Gerhard Glup wies die Vorwürfe der SPD als unbegründet zurück. „Die Behörden haben sorgfältig gearbeitet“, sagte Glup gegenüber dieser Zeitung. Der Minister verteidigte das Landesamt für Wasserwirtschaft in Hildesheim gegen den Vorwurf, es habe bereits frühzeitig (am 2. Oktober) von den in Münchehagen gefundenen Dioxinwerten gewußt. Der Leiter des Amtes, Professor Neumann, habe ihm das Gegenteil am Montag versichert, er habe keinen Anlaß an Neumanns Worten zu zweifeln.

Zur Zukunft der Deponie in Münchehagen, in der über 330 000 Tonnen Chemiemüll gelagert sind, sagte Glup, man werde wahrscheinlich das Wasser aus dem Polder IV in eine benachbarte Grube pumpen und den Polder IV mit Ton verfüllen. Dies sei die einzige Möglichkeit, den Damm zum Polder II zu sichern. Glup bezeichnete die Forderung, der Gemeinde Rehburg-Loccum, die Deponie auszuheben und den Inhalt an anderer Stelle einzulagern als „abenteuerlich“.



DIE GRÜNEN

DIE GRÜNEN
Kreisverband Nienburg
c/o GRÜNER LADEN
Schumannstr. 2/Ecke Triemerstr.

3070 NIENBURG

Öffnungszeiten:

Di - Do: 16.00 bis 18.00 Uhr
Sa: 10.00 bis 12.00 Uhr

Telefon: 05021/7374

Kontonr.: 304 741
Kreissparkasse Nienburg

- 1 -

Stolzenau, den 29.10.1985

P R E S S E M I T T E I L U N G

Auf der außerordentlichen Kreismitgliederversammlung der Grünen wendete man sich - neben anderen Tagesordnungspunkten - schwerpunktmäßig den Dioxin-Funden auf den Giftmülldeponien Münchehagen und Hoheneggelsen zu. In diesem Zusammenhang wurde die Brisanz der verfehlten niedersächsischen Sondermüllbeseitigung unterstrichen, sowie auf die Konsequenzen, die sich aus den vorliegenden Fällen für die Zukunft ergeben, aufmerksam gemacht.

"Die Katastrophe von Seveso zeichnet sich immer deutlicher für Münchehagen und Hoheneggelsen ab. Dies belegen eindeutig die Analysebefunde des sogenannten "Seveso-Dioxins" auf den beiden Giftmülldeponien". Dieser Wortlaut entstammt einer Resolution zu den Deponien Münchehagen und Hoheneggelsen, die auf der Landesdelegiertenkonferenz der niedersächsischen Grünen mehrheitlich verabschiedet wurde. Der vom Kreisverband Nienburg und Schaumburg initiierte Beschluß ist mit Forderungen nach Sofortmaßnahmen und grundsätzlichen Verfahrensweisen ausgestattet.

Eine Sediment-Untersuchung außerhalb der Kläranlage Lemke auf Dioxin, und die Veröffentlichung aller bisherigen Untersuchungen zur Münchehäger Deponie und ihrer Ergebnisse, sind Forderungen die unter anderem in der Resolution aufgeführt sind. Langfristig wird ein Produktionsstop für alle Produkte, bei denen Dioxine, Furane und deren Grundstoffe entstehen, verlangt.

Zudem unterstützt der Kreisverband Nienburg die Forderungen der Bürgerinitiative "Rehburg-Loccumer Bürger/innen gegen Giftmüll" und den Beschluß des Rehburger Stadtrats.

An den Landkreis Nienburg richtet man die Forderung nach der bis-

Entlassung wegen der Dioxin-Schlamperei?

SPD fordert Rücktritt des Landwirtschaftsministers

Hannover (Inl). Die Entlassung von Landwirtschaftsminister Gerhard Glup hat die niedersächsische SPD für den Fall gefordert, daß die Landesregierung nicht in der Lage ist, „neue Erkenntnisse über schwerwiegende Versäumnisse im Zusammenhang mit der Sondermülldeponie Münchehagen“ zu entkräften. Vor Journalisten sagte SPD-Landesvorsitzender Johann Bruns am Montag in Hannover, es gebe eine Reihe bewiesener und bislang nicht widerlegter Vorwürfe, die diese Forderung rechtfertigten. In einem dpa-Gespräch wies Glup die Vorwürfe zurück.

Schon der parlamentarische Untersuchungsausschuß des niedersächsischen Landtages, so Bruns, der sich monatelang mit der inzwischen geschlossenen Sondermülldeponie Münchehagen befaßte, habe „gravierende Mängel der Sondermülldeponierung in Niedersachsen festgestellt“. Nun sei „völlig überraschend“ der Austritt dioxinhaltigen Öls „mit einer unwahrscheinlich hohen Konzentration“ aus dem Polder II der Deponie festgestellt worden. Die Erkenntnisse über dieses „höchst-dioxinverseuchte Öl“ seien vom Landesamt für Wasserwirtschaft in Hildesheim mindestens eine Woche zurückgehalten worden, ohne das Landwirtschaftsministerium zu informieren. Minister Glup sei „also bewiesenermaßen nicht in der Lage, auf der Verwaltungsebene ein solch schwerwiegendes Problem zu organisieren“, erklärte Bruns.

Das Ministerium habe ebenfalls keine Mitteilung darüber erhalten, daß dem Wasserwirtschaftsamt Sulingen Erkenntnisse vorlägen, denen zufolge im Bereich der Altdeponie Münchehagen dioxinhaltiges Wasser versprüht worden sei. Zusätzlich sei die „Abkapselungstherapie“, nach der die Deponie durch die Tonbarrieren sicher sei, nicht mehr zu halten. Durch die Tontrennwand zwischen den Poldern II und IV sei dioxinhaltiges Öl ausgetreten, sie sei daher instabil. Niemand wisse, welche abgelagerten Stoffe nun mit welchen Konsequenzen miteinander reagierten.

Nicht widerlegt worden ist nach Ansicht des SPD-Landesvorsitzenden Bruns außerdem „der gravierende Vorwurf“, die in der Deponie tätigen Arbeiter seien zwei Wochen nach Bekanntwerden des Ölaustritts zu Beginn dieses Monats nicht über ihre Gefährdung informiert worden. Sie hätten ohne Schutzkleidung weiterarbeiten müssen. Nach Bekanntwerden der hohen Dioxinwerte sei noch Wasser aus dem Polder IV abgepumpt worden und der Kläranlage im benachbarten Lemke zugeführt worden. Bislang sei der Behauptung auch nicht widersprochen worden, daß das im Öl gefundene Dioxin nicht von der „bekanntermaßen dioxinhaltigen Flugasche“ stammen könne, da es sich „um einen anderen Typus des Giftes“ handle. Das Landwirtschaftsministerium hätte klären müssen, woher das Dioxin dann komme, sagte Bruns. Sollte sich der verschiedentlich geäußerte Verdacht, es entstamme sogenannten „entdioxinierten Schädlingsbekämpfungsmitteln“ bewahrheiten, so bahne sich hier ein Umweltproblem unvorstellbaren Ausmaßes an, betonte der SPD-Politiker.

Seit Jahren, so Bruns, hätten Ministerpräsident Ernst Albrecht und die gesamte Landesregierung „das Problem Münchehagen heruntergespielt“. „Unverantwortlich schlampig“ sei das Problem auf administrativer Ebene behandelt worden.

Mit einer Rücktrittsforderung, erklärte Landwirtschaftsminister Gerhard Glup im Anschluß an die SPD-Pressekonferenz in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur, sei „das Problem Münchehagen nicht gelöst“. Tatsache sei, daß am 22. August eine Öllache entdeckt wurde, die zwei Tage später mit Hilfe der Mitarbeiter und der Feuerwehr entfernt worden sei. In einem Faß habe man etwa 60 Liter eines Öl-Wasser-Gemisches gesammelt und, „ich glaube bei der Feuerwehr, jedenfalls zugriffssicher“ deponiert, sagte Glup.

Aus dem Faß sei eine Probe dem Wasseruntersuchungsamt Hildesheim zugeleitet worden. Dieses Amt habe die Probe an ein Untersuchungsinstitut in Ludwigshafen weitergeleitet. Am 2. Oktober habe das Institut dem Hildesheimer Amt extrem hohe Dioxinwerte in der Probe gemeldet und nachgefragt, ob es „derartige Werte schon vorher gegeben habe“. Allerdings seien während dieses Telefonats „keine Zahlen genannt worden“, sagte Glup. Vielmehr habe das Institut eine zusätzliche Überprüfung angekündigt und deren Ergebnis am 14. Oktober dem Leiter des Hildesheimer Wasserwirtschaftsamtes, Professor Horst Neumann, mitgeteilt.

Dieser wiederum habe sich mit einem Fachmann, der „bei Georgswerder dabei war“, in Verbindung gesetzt, da er sich die hohen Dioxinwerte nicht habe erklären können.